

E-Mail aus Kirchseeon vom 9. Dezember 2016, 14.09 h

Liebe Lärmgegner,

das Land RLP hat am 08.12.2016 im Bundesrat einen Antrag zur Fassung einer EntschlieÙung des Bundesrates zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Schienengüterverkehrs, BR-Drs. 746/16 eingebracht, der in der BR-Sitzung vom 16.12.2016 behandelt und dann den Ausschüssen zugewiesen werden soll.

<http://www.bundesrat.de/drs.html?id=746-16>

<http://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2016/0701-0800/0746-16.html>

(und beiliegend mit farblichen Kennzeichnungen)

Aus Pkt. 3 der EntschlieÙung:

"3. Die von der deutschen und europäischen Politik gewünschte Entwicklung zugunsten des Schienengüterverkehrs geht nach Einschätzung des Bundesrates tendenziell mit einer Verlagerung der Lärmproblematik einher und führt lokal zu Akzeptanzproblemen. Ohne einen verbesserten Lärmschutz in den Bereichen mit zu hohen Lärmemissionen sind die verkehrs- und umweltschutzbezogenen Ziele einer Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene nicht umsetzbar.

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung daher, dafür Sorge zu tragen, dass dem Schutz vor Schienenverkehrslärm eine hohe Bedeutung zugemessen und entsprechend der Beschlüsse, zuletzt am 18. Dezember

2015 (Bundesrats-Drucksache 551/15 - Beschluss), entscheidend verbessert wird."

In der Begründung zu Pkt. 3 steht u.a.

"Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass im Schienengüterverkehr wegen des intermodalen Wettbewerbs derzeit keine angemessene Rendite erzielt werden kann, die eine hinreichende Investitionsfähigkeit in neues leises Material und darüber hinaus für innovative Konzepte ermöglichen würde. Deshalb ist - neben den notwendigen Maßnahmen zur Lärminderung - grundsätzlich sowohl mit Blick auf die Lärmbelastung wie auch auf die verkehrs- und umweltpolitischen Ziele eine Verbesserung der intermodalen Wettbewerbsposition der Schiene dringend notwendig."

Unsere Anmerkung dazu:

Auch diese Resolution von RLP folgt der Vorstellung, dass die Politik erst die intermodale Wettbewerbsfähigkeit der EVUs durch weitere staatliche Subventionen in Form reduzierter Trassenentgelte u.a.m.

erhöhen und die Gewinne der Straßenverkehrsunternehmer durch weitere und höhere Anlastung externer Kosten (die EVU sollten hingegen nur einen Teile der externen Kosten tragen und insofern weitere Subventionen erhalten) reduzieren müsste, um den EVU aufgrund dieser staatlichen Eingriffe Gewinne zu ermöglichen, die sie dann - und erst dann - in lärmärmeres Material stecken könnten und die Anwohner einfach solange warten müssten.

Dabei übersieht Frau Dreyer zu einen, dass der Staat sich der Verpflichtung zum Schutz des Lebens und Gesundheit der Anwohner nicht dadurch exkulpieren kann, indem er auf angeblich fehlende Mittel der Lärmverursacher verweist (die VTG prognostiziert für 2016 Gewinne in Höhe von 1 Mrd. EUR !). Denn wenn eine Chemiefabrik sich keine Filter für krebserregende oder toxische Abgase oder eine Anlagenumrüstung leisten kann, dann ist die Schließung der Anlage die zwangsläufige Folge und nicht etwa das Vertrösten der Anwohner auf wirtschaftlich bessere Zeiten.

Zum anderen gerät der Verkehrsträger Eisenbahn durch den Attentismus der Politik technologisch im Vergleich zu den anderen Verkehrsträgern immer weiter in Rückstand und schaufelt sich so letztlich sein Grab

selbst: denn in 40 Jahren (das ist die Lebensdauer der heute neu beschafften Fahrzeuge) werden im Rheintal, am Brennerzulauf oder im Elbtal immer noch die gleichen Fahrzeuge wie heute rattern, klappern und scheppern, während der gesamte Pkw-Verkehr bis dahin elektrifiziert oder mit H2 praktisch abgasfrei und umweltfreundlich fährt und innerörtlich deutlich leiser ist als heute.

Welche Argumente gibt es dann noch, ein Verkehrssystem mit zig Milliarden zu subventionieren, das nicht mal die eigenen Wegekosten erwirtschaften kann, keine relevanten Klimavorteile mehr bieten kann, aber dafür weiter Tausende von Ortschaften unter einem Lärmteppich erstickt - und zwar bundesweit und nicht nur "lokal", wie Fr. Dreyer meint ?

Mit freundlichen Grüßen

Bürgergruppe für Sicherheit und Lärmschutz an der Bahn Ludwig Steininger Riedlingerstr. 3

D-85614 Kirchseeon bei München

Tel. +49-8091-4753

eMail [info@infoline-bahnlaerm.de](mailto:info@info@infoline-bahnlaerm.de)

Spruch des Tages:

Witz des Jahres:

Hessischer Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) im Oktober 2016:

"Tatsächlich ist es eine gute Idee, die in Deutschland zulässige Güterzuglänge besser auszunutzen.

Die gleiche Gütermenge wäre mit weniger Zügen zu bewältigen. Diese Effizienzsteigerung hätte den schönen Nebeneffekt, dass wir auch eine Lärminderung erreichen:

Statt viele kürzere Züge fahren weniger Züge in Standardlänge. Dieser Ansatz ist daher aus Sicht des Landes Hessen zu begrüßen", sagte Al-Wazir.